

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Plenarprotokoll

132. Sitzung

Donnerstag, 17. November 2016

Gemeinsame Beratung

a) **Kein Ausreisezentrum in Schleswig-Holstein** 11160

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/4824

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4800/drucksache-18-4824.pdf>

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4882

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4800/drucksache-18-4882.pdf>

b) **Integrationsgesetz des Bundes umsetzen: „3-plus-2-Regelung“ für
Ausbildungsverhältnisse muss auch in der Praxis angewendet werden**

.....11160

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4853

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4800/drucksache-18-4853.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 11161

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal stehen wir vor dem Scherbenhaufen der sozialdemokratischen Integrationspolitik.

Während sich hier im Kieler Landeshaus Sozialdemokraten, Grüne und SSW sich für eine Integration der Flüchtlinge einsetzen wollen, werden diese Positionen im Bundesrat aufgegeben, da man die Große Koalition mit der von der CSU vor sich hergetriebenen CDU nicht riskieren will.

Wir PIRATEN haben die Landesregierung oft genug aufgefordert, ein Integrationskonzept gemeinsam mit dem Parlament zu entwickeln und vorzulegen und damit das **Asylrecht** und auch die **Menschenrechte** derjenigen zu schützen, die zu uns kommen und Schutz vor Bürgerkrieg, Verfolgung und Vertreibung suchen.

Leider geht die schleswig-holsteinische Flüchtlingspolitik immer einen Schritt vor und dann in Berlin zwei Schritte zurück. Das ist von uns zu verurteilen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht eben nicht, wenn man hier in Kiel im Klein-Klein versucht, die Fehler, die auf Bundesebene gemacht wurden, zu korrigieren. Statt auf Bundesebene der Großen Koalition weiter die Hand bei der Desintegration der Schutzsuchenden und bei der Asylrechtsverschärfung zu reichen, wäre es notwendig, standhaft zu bleiben und zumindest den Vermittlungsausschuss anzurufen, um die Politik der Bundesregierung zumindest in Teilen zu entschärfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Umsetzung des Integrationsgesetzes zeigt doch das Dilemma, in dem die Landesregierung steckt, mehr als deutlich: Die sogenannte 3-plus-2-Regelung des Integrationsgesetzes ist einer der wenigen ganz kleinen politischen Erfolge. Selbst Flüchtlingen ohne sichere Bleibeperspektive soll eine **Berufsausbildung** ermöglicht werden. Gerade in **Zeiten des Fachkräftemangels** hat man dort einen Konsens gefunden.

Umso irritierter sind wir PIRATEN aber, dass diese Regelung in der Praxis gerade bei afghanischen Flüchtlingen nicht angewendet wird. Ihnen wird die für eine Berufsausbildung notwendige Duldung verweigert, womit die Intention der 3-plus-2-Regelung ad absurdum geführt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag „Kein Ausreisezentrum in Schleswig-Holstein“ lehnen wir die zentrale Unterbringung zur Durchführung einer effektiven und zielführenden Aufenthaltsbeendigung entschieden ab. Das ist Semantik, das ist ein Vortäuschen, das ist ein Vokabular, das versucht, von den Tatsachen abzulenken, denn im Prinzip ist dies nichts anderes als eine Abschiebeeinrichtung, die Sie in Ihrem Änderungsantrag zu unserem Antrag beabsichtigen, indem Sie nämlich Flüchtlinge ohne Bleiberechtsperspektive zur freiwilligen Ausreise nötigen wollen. Sie schreiben selbst, dass die Ausreisepflicht konsequent durchgesetzt werden soll, wenn die Betroffenen dieser Forderung nicht folgen. Sehen Sie den Widerspruch überhaupt nicht? Oder wollen Sie ihn nicht sehen? - Diese widersprüchliche Politik ist es, die wir PIRATEN als einen Schritt vor und zwei zurück kritisieren.

Die Forderung nach der Durchsetzung der Ausreisepflicht ist in Anbetracht der Tatsache, dass sich viele Staaten schlichtweg weigern, ihre eigenen Bürger zurückzunehmen, reiner Populismus.

Ich sage Ihnen auch für meine Fraktion der PIRATEN: Das, was Sie Ausreisewirrwarr nennen, kann im Einzelfall oder auch in einem größeren Fall – das wissen wir ja nicht genau - zu einer jahrelangen Internierung führen. Und das hat nichts mit Integrationspolitik zu tun.

Das ist Wahlkampf auf dem Niveau AfD und findet allenfalls Anklang bei Ihrem Parteifreund Thilo Sarrazin, und den möchte ich an dieser Stelle zitieren. Er sagte im April dieses Jahres gegenüber der „FAZ“:

„Hätten die etablierten Parteien meine früheren Analysen zu Demografie, Einwanderung und europäische Währungsunion ernst genommen und entsprechend reagiert, gäbe es die AfD heute nicht.“

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, genau, das ist geistiger Müll. Ich appelliere hier im Auftrag meiner Fraktion an Sie: Folgen Sie nicht dem Sozialdarwinismus von Sarrazin, sondern betreiben Sie Integrationspolitik, dann auch gern mit uns zusammen.

Ich beantrage im Übrigen Abstimmung in der Sache zu unserem Antrag.

Beschluss:

1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4824
2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4882
3. Überweisung des Antrags Drucksache 18/4853 an den Innen- und Rechtsausschuss 11172

Top 18, 29 - Flüchtlingspolitik: Ausreisezentrum und Integrationsgesetz

Der Piraten-Antrag, von der geplanten „Landesunterkunft für Ausreisepflichtige“ abzusehen, wurde schließlich von allen anderen Landtagsfraktionen abgelehnt.

Boostedt werde nichts anderes sein als eine Abschiebeeinrichtung, meinte **Angelika Beer** (Piraten) und prophezeite, dass ein Großteil der Insassen dort Jahre lang „inhaftiert“ werden wird, weil viele Staaten eine Rückführung ablehnen. Menschen, für die es keine Rückkehrmöglichkeit gebe, werden in Boostedt gar nicht aufgenommen, stellte Innenminister Stefan Studt (SPD) daraufhin klar. Grundsätzlich gehe es darum, über die Einrichtung eine qualifizierte Rückkehr- und Reintegrationsberatung zu ermöglichen – der Aufenthalt sei freiwillig, so Studt.

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/47/debatten/18_29.html